

1412/AB
vom 03.06.2020 zu 1344/J (XXVII. GP)
 **Bundesministerium**
 Europäische und internationale
 Angelegenheiten

Mag. Alexander Schallenberg
 Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Präsident des Nationalrates
 Parlament
 1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.232.954

Wien, am 3. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Philip Kucher, Kolleginnen und Kollegen haben am 3. April 2020 unter der Zl. 1344/J-NR/2020 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Causa Ischgl – bilateraler Austausch mit den isländischen Behörden" gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 4:

- *Wann sind welche ausländischen Behörden an Sie bzw. an das Außenministerium herangetreten, um Ihnen Verdachtsfälle betreffend COVID19 zu melden?*
- *Welche österreichischen Vertretungen haben wann über die Corona-Krise berichtet?*
- *Welche anderen Länder haben über diplomatischen Weg wann vor dem 11.3.2020 vor einer Bedrohungslage in Österreich gewarnt?*

Ich verweise auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 1400/J-NR-2020 vom 3. April 2020. Neben der laufenden Berichterstattung über die Aktivitäten der Vereinten Nationen durch die österreichischen Vertretungen bei den Vereinten Nationen in Genf und in New York berichtete die Österreichische Botschaft (ÖB) Peking am 8. Jänner 2020 von zahlreichen Fällen „einer unbekannten Lungenentzündung“ in der Provinz Hubei. Am 9. Jänner 2020 erfolgte daraufhin die Anpassung der Reiseinformationen zu China auf der Homepage des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA). Die ÖB Peking berichtete am 18. Jänner 2020 erstmals konkret über ein „neuartiges Coronavirus“ mit bis dato 62 Infizierten in Wuhan/Provinz Hubei. Am 23. Jänner 2020 berichtete die ÖB Seoul

über Maßnahmen Südkoreas zur Verhinderung einer Einschleppung des Virus aus China. Am 7. Februar 2020 berichtete die ÖB Rom von Medienberichten, wonach ein 29-jähriger Forscher als erster Italiener positiv auf das Coronavirus getestet worden sei. Bereits zuvor seien zwei Fälle infizierter chinesischer Touristen in Italien registriert worden. Es liegen keine Informationen vor, wonach sich ausländische Behörden vor dem angefragten Zeitpunkt zu diesem Thema aktiv an das BMEIA gewandt haben.

Mit Bekanntwerden der Krise wurden alle Vertretungsbehörden dazu aufgefordert, regelmäßig über die Verbreitung des COVID-19 Virus sowie über die in den Gaststaaten getroffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus zu berichten. Sämtliche Informationen werden seither unmittelbar nach Erhalt durch das im BMEIA eigens dafür eingerichtete CORONA-Postfach direkt an den im BMI eingerichteten Koordinationsstab SARS-CoV-2/COVID-19 für das staatliche Krisen- und Katastrophenmanagement (SKKM) weitergeleitet und fließen über diesen Mechanismus in die einzelnen zuständigen Ministerien. Anhand dieser Informationen konnte die interministerielle Krisenkoordination Erfahrungen und Daten von Ländern, die lange vor Österreich von der COVID-19-Krise erfasst wurden, in ihrem Entscheidungsfindungsprozess berücksichtigen. Ebenso wertvoll für das erfolgreiche Vorgehen in der Krise sind internationale „best practices“, die von den Fachressorts angefragt und von den Vertretungsbehörden regelmäßig einberichtet werden.

Zu den Fragen 3 sowie 5, 6 und 9 bis 12

- *Wann hat die für Island zuständige Botschaft in Kopenhagen erstmals über die Erkenntnisse der isländischen Behörden zu Ischgl berichtet?*
- *Welche österreichischen Vertretungen haben wann vor dem 11.03.2020 von Hinweisen auf Verbindungen von COVID19-Infektionen nach Österreich berichtet?*
- *Wann wurden all diese Informationen jeweils an das Bundeskanzleramt oder das BMSGPK weitergeleitet und an welche Dienststelle genau?*
- *Wann haben Sie persönlich erfahren, dass die isländischen Behörden eine Reisewarnung aufgrund von Ansteckung von isländischen Ischgl-UrlauberInnen ausgesprochen haben?*
- *Wann hat Ihr Ressort davon Kenntnis erlangt und welche Schritte wurden daraufhin wann von Ihnen gesetzt?*
- *Wann und von wem haben Sie persönlich davon erfahren, dass die isländische Regierung bei der europäischen Frühwarnstelle für infektiöse Krankheiten (EWRS) über eine Häufung von Fällen aus Tirol berichtet hat?*
- *Was ist geschehen, nachdem Sie dies erfahren haben? Welche konkreten Schritte haben Sie gesetzt?*

Am 4. März 2020 übermittelte die Österreichische Botschaft Kopenhagen, die auch für Island zuständig ist, eine Vorausinformation aus einem isländischen Presseartikel an das BMEIA und

die zuständigen Behörden. Gemäß diesem Artikel waren in Island zu diesem Zeitpunkt 19 Personen mit COVID-19 infiziert, von denen vier Personen ihren Urlaub kürzlich in Österreich verbracht haben. Am 5. März 2020 berichtete die ÖB Kopenhagen an das BMEIA und die zuständigen Behörden in Österreich, dass Ischgl seitens der isländischen Gesundheitsbehörde am gleichen Tag als High Risk Area eingestuft und von unnötigen Reisen dorthin abgeraten wurde. Es liegen keine Informationen vor, wonach sich die isländischen Behörden zu ihrer Meldung an das Netzwerk der europäischen Gesundheitsbehörden an das BMEIA gewandt haben. Am 6. März 2020 berichtete die Österreichische Botschaft Tel Aviv an das BMEIA und die zuständigen Behörden in Österreich über das Einreiseverbot für Reisende aus Österreich. Die ÖB Oslo berichtete am 10. März 2020 an das BMEIA und die zuständigen Behörden in Österreich von einer auf der Homepage des norwegischen Instituts für öffentliche Gesundheit veröffentlichten Reisewarnung, unter der bei Gebieten mit anhaltender Übertragungsgefahr neben der Provinz Hubei in China, Iran, Südkorea, ganz Italien, auch Tirol aufgelistet war.

Zu den Fragen 7 und 8:

- *Mit welchen Amtskollegen aus anderen Staaten haben Sie bislang persönliche Gespräche zur COVID19-Situation geführt?*
- *Wann haben Sie persönlich von den Warnungen ausländischer Behörden erfahren?*

Die häufigsten Telefonate und Videokonferenzen habe ich mit den Außenministern unserer Nachbarstaaten geführt; auch mit dem Großteil meiner übrigen Kolleginnen und Kollegen in der Europäischen Union war ich in regelmäßiger persönlichem Kontakt. Ebenso habe ich Telefongespräche mit zahlreichen Amtskolleginnen und -kollegen unter anderem vom Westbalkan, den Vereinigten Staaten, der VR China, Israel, dem Iran, Norwegen, der Ukraine, Moldau, Belarus, den Vereinigten Arabischen Emiraten und aus Lateinamerika geführt.

Zunächst stand bei diesen Kontakten eine persönliche Information und Koordination der Aktionen zur Rückholung der Reisenden aus Österreich im Vordergrund. Im weiteren Verlauf der Krise betraf der Großteil der Gespräche konkrete Fragen des Grenz- und Transitmanagements, unter anderem zur Deblockierung von medizinischen Gütern die für den Gebrauch in Österreich bestimmt waren. Österreich zeigt sich auch in der COVID-Krise mit unseren Partnerländern solidarisch. So konnte ich bei meiner Reise gemeinsam mit der Bundesministerin für EU und Verfassung bei persönlichen Treffen mit den Außen- und Europaministerinnen und –ministern in Belgrad, Pristina und Tirana Sachleistungen für die Staaten des Westbalkan im Wert von € 1,25 Mio. übergeben. Auch mein Angebot an besonders schwer betroffene Staaten betreffend die Aufnahme von Intensivpatienten zur Behandlung in Österreich wurde aufgegriffen, 12 Personen wurden in österreichischen Spitäler behandelt.

Insgesamt habe ich seit Beginn der Corona-Krise über 50 Telefon- und Videokonferenzen mit meinen Amtskolleginnen und Amtskollegen geführt.

Zu Frage 13:

- *Welche Staaten haben bei Ihnen oder österreichischen Vertretungsbehörden Beschwerde geführt, dass medizinisches Personal oder medizinische Güter auf Grund von Maßnahmen Österreichs nicht oder nur verzögert zur Verfügung standen?*

Österreich hat während der COVID-Krise keine Exportbeschränkungen für medizinische Hilfsgüter verhängt. Die Aus- und Durchfuhr von medizinischen Gütern fällt grundsätzlich nicht in die Vollziehung des BMEIA. Zu den Aktivitäten des BMEIA bei der Ermöglichung der Lieferung von medizinischen Gütern für den Gebrauch in Österreich siehe oben meine Beantwortung von Frage 7.

Mag. Alexander Schallenberg

